

Die transatlantischen Beziehungen nach dem 11. September 2001

WILLIAM WALLACE

Die Welle der Sympathie für die Vereinigten Staaten, die sich gleich nach den Terroranschläge des 11. September 2001 über ganz Westeuropa ausbreitete, war ehrlich und überwältigend. Sogar *Le Monde*, die der amerikanischen Politik und der amerikanischen Kultur oft misstrauisch gegenüberstand, verkündete am folgenden Tag auf der ersten Seite, dass wir nun alle Amerikaner seien. Die europäischen Verbündeten in der NATO verständigten sich auf die symbolische Geste, nach Artikel 5 des NATO-Vertrags den Bündnisfall auszurufen. Als die Vereinigten Staaten das Taliban-Regime in Afghanistan als staatliche Unterstützer des Al-Qaida-Netzwerkes ausmachten, schlugen die europäischen Regierungen vor, den Schlag gegen Afghanistan als NATO-Operation durchzuführen und boten für diese Aufgabe Truppen an. So schien direkt nach den Anschlägen auf New York und Washington ein Höhepunkt in der atlantischen Solidarität erreicht zu sein und die NATO erlebte ihre Neubelebung.

Ein Jahr später wird die Bedeutung der NATO wieder in Frage gestellt. Die Beziehungen zwischen der US-Regierung und den kontinentaleuropäischen Regierungen sind angespannt, ja es mischen sich Untertöne gegenseitiger Feindseligkeit in die Debatte – anti-amerikanische Vorurteile in Europa und anti-europäische in den Vereinigten Staaten. War nun eine Chance für die Wiederbelebung des transatlantischen Einverständnisses verpasst worden oder waren die langfristigen Entwicklungen der politischen Konzeptionen auf beiden Seiten des Atlantiks zu verschieden, als dass sie von einer kurzen Welle der Sympathie und Solidarität wieder in eins gebracht werden konnten?

Die Wirkung der Anschläge war in Europa selbstverständlich eine andere als in den Vereinigten Staaten. Die europäischen Regierungen und die Öffentlichkeit in den Ländern Europas sahen in den Anschlägen eine qualitative Veränderung in den ihnen bereits traurig vertrauten Mustern des Terrorismus. 3000 britische Bürger, einschließlich eines Ministers und eines Onkels der Königin, waren in den letzten dreißig Jahren durch Anschläge der IRA getötet worden; zwei Anschläge hatten nur knapp den Premierminister verfehlt. In Italien hatten die Roten Brigaden Aldo Moro, den Vorsitzenden der Christdemokraten und früheren Ministerpräsidenten, entführt und ermordet. Die RAF in Deutschland, die ETA in Spanien, der transnationale Terrorismus vor allem aus dem Nahen Osten (am schlimmsten bei der Olympiade in München) hatten die Westeuropäern schon daran gewöhnt, mit der Unsicherheit zu leben.

Trotz eines früheren, fehlgeschlagenen Anschlags auf das World Trade Center 1993 und einer Reihe von Verbrechen durch Einzeltäter (am bedeutsamsten der Bombenanschlag von Oklahoma City) wähnten sich die Amerikaner vor dem 11. September innerhalb ihrer nationalen Grenzen in Sicherheit. Dies war in der globalisierten Weltwirtschaft mit ihrem schnell wachsenden grenzüberschreitenden Verkehr und der anhaltenden Einwanderung aus ärmeren Ländern freilich eine Illusion, doch es war eine sehr tiefsitzende Illusion. Für die Amerikaner war der Angriff auf die zentralen Symbole und Institutionen ihrer Wirtschaft und ihrer Regierung ein vollkommen neues Phänomen. Es war *Amerika*, das von Terroristen von der anderen Seite der Welt angegriffen wurde. Das amerikanische Volk reagierte tief erschüttert, emotional und zutiefst patriotisch.

Die Schatten der Vergangenheit

Unvermeidlich hingen die Schatten der vergangenen europäisch-amerikanischen Differenzen trotz dieser erschütternden Anschläge über den transatlantischen Reaktionen. Für die europäischen Regierungen legte ihr Bekenntnis zu einer Reaktion der NATO die Grundlage für eine gemeinsame Operation gegen das Taliban-Regime. Den amerikanischen Strategen war jedoch der Kosovokrieg gegen Serbien noch als Versuch einer Kriegsführung durch ein Komitee in Erinnerung, dessen Wiederauflage sie unbedingt verhindern wollten. So weigerten sie sich, die ersten Angebote eines militärischen Beitrags von ihren Verbündeten anzunehmen und fragten erst die Unterstützung der Europäer nach, als die Planung fertig war – und dies auch nur auf bilateraler Basis. Wegen der amerikanischen Präferenz für eine hoch technologisierte Kriegsführung, mit dem Schwergewicht auf präzisen Bombardierungen, kam es schon während des Kosovokriegs zu Differenzen mit Großbritannien und Frankreich, die eine Kontrolle des Territoriums für unabdingbar hielten. Britische und französische Feldkommandeure schätzten die Stärke der amerikanischen Bodentruppen tatsächlich eher gering ein und sahen deren hohe Priorität des Selbstschutzes gegenüber der Aufgabe der Friedenssicherung und der Bekämpfung des Gegners äußerst kritisch. Amerikanische Kommandeure äußerten sich im Gegenzug verächtlich über die Schwäche der europäischen Luftwaffe und ihrer Kommunikationsfähigkeit auf dem Schlachtfeld. Diese gegenseitige Kritik lebte in Afghanistan wieder auf, als britische, französische, deutsche und sogar dänische Spezialkräfte am Boden den amerikanischen Luftschlägen folgten und Washington die europäischen Verbündeten bat, Truppen für die Internationale Stabilisierungstruppe (ISAF) bereitzustellen.

Auf ähnliche Weise verhinderten die lang anhaltenden Differenzen zwischen den Amerikanern und den Europäern über ihre Haltung im israelisch-palästinensischen Konflikt sowie in der gesamten Nahostpolitik die Aufrechterhaltung der transatlantischen Einheit beim Vorgehen gegen die Bedrohung durch islamische Fundamentalisten. In Europa gab es einige Stimme aus der linken Ecke, die sogar unmittelbar nach den Anschlägen des 11. Septembers nahelegten, dass die Terrorangriffe durch die uneingeschränkte Unterstützung der israelischen Besetzung des Westjordan-

lands und Gazas gerechtfertigt sein könnten. Ein größerer Teil der öffentlichen Meinung war zunehmend unzufrieden mit der Politik der USA gegenüber der arabischen Welt. Die Widersprüche zwischen der besonderen Beziehung Amerikas zu Israel und den engen Beziehungen zu korrupten und konservativen Regimen in Ägypten und Saudi-Arabien und der dämonisierenden Rede von Schurkenstaaten wurden sehr kritisch gesehen. Die europäischen Regierungen teilten nicht die amerikanischen Aversionen gegenüber dem nachrevolutionären Regime in Teheran, das unter dem Streit zwischen Reformern und Verteidigern der klerikalen Vormacht ächzte. In Anbetracht der außerordentlich langen Grenze zu Afghanistan, den vielen afghanischen Flüchtlingen, die sich im Iran aufhielten, und der ethnischen Verbindungen über die Grenze hinweg schien es den europäischen Außenministern unklug, mit dem iranischen Regime keine guten Beziehungen anzustreben, wenn man das Taliban-Regime in Afghanistan ablösen wollte. Die Manöver der USA in ihrer Politik gegenüber Pakistan, die von einer engen Kooperation der Geheimdienste in den achtziger Jahren über die Verurteilung des Nuklearwaffenprogramms in den neunziger Jahren bis zu der neuerlichen Partnerschaft gegen die Taliban reichte, die man vorher gemeinsam aufgebaut hatte, trugen wenig dazu bei, das Vertrauen der Europäer in die amerikanische Politik zu stärken.

Die politischen Eliten und Entscheidungsträger Amerikas sahen ihrerseits schon lange die von ihnen als pro-arabisch wahrgenommene Haltung der europäischen Regierungen, die sich erstmals nach dem israelisch-arabischen Krieg von 1975 und dem ihn begleitenden Ölboykott gezeigt hatte, sehr kritisch. Der europäisch-arabische Dialog war in den Augen vieler in Washington ein Zeichen europäischer Schwäche, ein Zeichen eher der Willfährigkeit gegenüber den arabischen Ölproduzenten, als eine Ergänzung der standhaften Haltung der Amerikaner bei ihren Vermittlungsbemühungen im arabisch-israelischen Konflikt. Die wachsende kritische Haltung, die von den europäischen Politikern und den Medien gegenüber der Politik Israels in den besetzten Gebieten eingenommen wurde, hatte die mächtige pro-israelische Lobby in den USA davon überzeugt, dass den Europäern als Vermittler zwischen den Konfliktparteien nicht vertraut werden könnte.

Die europäischen Regierungen waren in den letzten Jahrzehnten in ihren Versuchen, zur Lösung des israelisch-arabischen Konflikts beizutragen, zunehmend frustriert worden. Nach dem kurzen Versuch der Außenminister der EG mit der Deklaration vom Juni 1980 in Venedig einen eigenständigen Ansatz zum Nahostkonflikt zu definieren, hatte die amerikanische Ablehnung der europäischen Initiativen die europäischen Regierungen davon überzeugt, dass Washington die Agenda im Nahen Osten vorgibt. Doch als die US-Regierung nach und nach die Aussöhnung zwischen Ägypten und Israel unterstützte und die Führung des Oslo-Prozesses übernahm, wurden die Europäer gebeten, für die Finanzierung zu sorgen. In den neunziger Jahren finanzierten die Regierungen der EU den Löwenanteil der Hilfen für die schwache palästinensische Autonomiebehörde – um dann mit anzusehen, wie die Infrastruktur, die sie bezahlt hatten, in der zweiten Intifada in den Jahren 2001/2002 von israelischen Angriffen beschädigt oder zerstört wurde. Darüber hinaus waren die Europäer die zweitgrößten Geber, nach den USA, für Ägypten

und wichtige Finanziere der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wiederaufbaus in Jordanien und im Libanon. Diese finanzielle Unterstützung hat sich aber nicht als Hebel auf die amerikanische Politik ausgewirkt. Innenpolitische Überlegungen schienen den amerikanischen Ansatz immer mehr auf eine unkritische Unterstützung der israelischen Position festzulegen, da eine sehr mächtige Allianz aus christlichen Konservativen und amerikanischen Juden zunehmenden Einfluss auf den Kongress und die Regierung ausübte.

Innenpolitische Überlegungen haben entscheidend zu diesen graduellen Unterschieden zwischen den europäischen und amerikanischen Standpunkten beigetragen. Die Einwanderung von fünfzehn Millionen Muslimen nach Westeuropa in den letzten dreißig bis vierzig Jahren war keineswegs ein immer als angenehm empfundener Prozess und die Eingliederung ist alles andere als abgeschlossen. In den europäischen Städten wächst die jüngere Generation jedoch mit einer gewissen Vertrautheit mit dem Islam und der muslimischen Kultur auf, so dass der Islam nicht als monolithischer Block oder fremde Bedrohung erscheint. Die amerikanische Gesellschaft hat viel weniger Kontakt mit den verschiedenen Gebräuchen der türkischen, marokkanischen oder anderen Einwanderergemeinschaften und ihnen fehlt der direkte Kontakt, wie ihn der mediterrane Tourismus den Europäern ermöglicht. Die amerikanische und die europäische Öffentlichkeit und deren Politiker beurteilten die Entwicklungen im Nahen Osten sehr verschieden. Zeitungsberichte und Nachrichtenbilder transportierten auf der Grundlage verschiedener Annahmen unterschiedliche Botschaften.

Macht und Schwäche, Entschlossenheit und Zaudern

Unterschiede in den politischen Haltungen ließen die beiden Seiten des Atlantiks weiter auseinanderdriften. Das politische Zentrum der europäischen Politik blieb trotz einiger Erfolge populistischer Führer und der radikalen Rechten von Christ- und Sozialdemokraten besetzt. In den Vereinigten Staaten hatte im Unterschied dazu eine Koalition aus Populisten, christlichen Fundamentalisten, Konservativen und Isolationisten im Lauf der neunziger Jahre begonnen, zunehmenden Einfluss auf die Republikanische Partei auszuüben. Ihr Ansatz in der Außenpolitik war hart und unilateral. Sie sahen die Weltpolitik unter den Begriffen von Gut und Böse, die USA, als eine moralische Nation, standen gottlosen Feinden gegenüber. Sie hatten wenig übrig für internationales Recht und internationale Institutionen und ihnen war wenig mehr an internationalen Allianzen gelegen. Die republikanische Mehrheit im Kongress, mit führenden Vertretern der Rechten unter den Vorsitzenden der wichtigen Ausschüsse, hatte ihr Bestes gegeben um die Außenpolitik der Clinton-Regierung zu konterkarieren. Der knappe und umstrittene Sieg der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen im November 2000 öffnete das Weiße Haus und die wichtigeren Ministerien für diesen Einfluss. Dort begannen sie den Kampf um die Richtung der amerikanischen Außenpolitik, der schon lange vor dem dem 11. September begonnen hatte und sich im darauf folgenden Jahr fortsetzte.

Verachtung für die europäische Schwäche und für die sozialdemokratische Konsenspolitik der europäischen Staaten war eine treibende Kraft in der aggressiven unilateralistischen Politik, die diese neokonservativen Kreise betrieben. Europa repräsentierte für sie die internationale Politik der Beschwichtigung, der zahnlosen multilateralen Resolutionen und der Kompromisse mit feindlichen Staaten und Kräften. Jüdische Konservative beschuldigten die europäischen Gesellschaften des strukturellen Antisemitismus. Christliche Konservative sahen in Europa einen inzwischen irreligiös gewordenen Kontinent. Die Ablehnung einer transatlantischen Kooperation, die eine Unterordnung amerikanischer Ziele und Interessen unter die Kritik schwacher Staaten bedeuten würde, war für diese Kreise ein Glaubensartikel. Colin Powell und das Außenministerium, die innerhalb der Bush-Regierung versuchten, die Linie multilateraler Konsultationen weiterzuverfolgen, waren für sie Teil der Kräfte eines faulen Kompromisses, die sie so unnachgiebig bekämpften.

Unglücklicherweise konnten die europäischen Regierungen einem Teil der Kritik wenig entgegensetzen. Schon während des Golfkriegs 1991 war die französische Regierung nebst anderen von der Schwäche ihrer Truppen peinlich berührt, die sie für die internationale Allianz zur Vertreibung des Irak aus Kuwait stellen konnte. In den nachfolgenden Konflikten im ehemaligen Jugoslawien hatten die meisten europäischen Regierungen erst gezögert, sich auf ein volles politisches und militärisches Engagement einzulassen und mussten dann entdecken, dass die Qualität und Quantität ihrer Truppen der Aufgabe nicht gewachsen waren. An der direkten Grenze der Europäischen Union, in einem Konflikt, zu dem der Präsident des Europäischen Rats im Juni 1991 erklärt hatte, dass „dies die Stunde Europas sei“, waren die Europäer nicht in der Lage, ohne amerikanische Führung oder militärische Unterstützung etwas auszurichten. Die französisch-britische Erklärung von St. Malo im November 1998, die andere europäische Regierungen dazu brachte, sich zumindest etwas zu bewegen, war eine Reaktion auf die Einsicht in die eigene militärische Schwäche und die Übermacht Amerikas. Alle fünfzehn EU-Regierungen haben sich dann auf dem Europäischen Rat im Helsinki im Dezember 1999 auf die gemeinsamen „Headline Goals“ zur Verbesserung ihrer militärischen Kräfte bis 2003 verständigt, doch es sieht nicht so aus, als würden diese Ziele eingehalten werden.

Hinter dem Angebot militärischer Unterstützung, das die europäischen Verbündeten für die Intervention in Afghanistan machten, tat sich deshalb eine peinliche Kluft zwischen dem Versprechen und der Möglichkeit es zu halten auf. Eine kleine Anzahl Spezialkräfte, gestellt auch nur von einer Minderheit europäischer Staaten, konnte ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen, doch als eine größere Anzahl von Kräften für die ISAF benötigt wurde, wurde die europäische Unfähigkeit offensichtlich. Die Hälfte des erbärmlich kleinen ersten ISAF-Kontingents wurde von den Briten gestellt. Der Großteil des Nachfolgekontingents stellte Frankreich und Deutschland – das deutsche Kontingent sah sich mit der Schwierigkeit konfrontiert, ausreichende Kapazitäten für den Truppentransport aufzutreiben zu können. Belgien konnte trotz der vollmundigen Versprechungen seiner Regierung, dass es sich zu

einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtet weiß, keinen einzigen Soldaten stellen. Andere entsandten symbolische Kontingente, die für einen sinnvollen Einsatz viel zu klein waren. Die amerikanische Skepsis gegenüber einem Einbeziehen der NATO in die Operationen gegen die Taliban scheint so durch die schwache europäische Reaktion auf die Bitte, für den sicherheitspolitischen Rahmen des neuen Regimes und des Wiederaufbaus zu sorgen, gerechtfertigt zu sein.

Robert Kagan zeichnete in einem viel gelesenen Artikel in der *Policy Review* des Hoover Instituts einen scharfen Kontrast zwischen „Macht und Schwäche“, zwischen der Macht der Vereinigten Staaten, der Bereitschaft der Regierung sie zu nutzen und der des Kongresses und der Öffentlichkeit, sie dabei zu unterstützen auf der einen Seite und der Schwäche der europäischen Regierungen und Institutionen auf der anderen Seite. Die Vereinigten Staaten, so seine Argumentation, haben sich einen Sinn für Patriotismus, nationale Solidarität und nationalen Stolz, für Prinzipien, denen die Außenpolitik dienen muss, und die Notwendigkeit von Opfern bewahrt. Amerikanische Politiker sind bereit, sich der Bedrohung der globalen Ordnung zu stellen und für die internationale Gemeinschaft darauf zu reagieren. Die „postmodernen“ europäischen Gesellschaften haben sich von Patriotismus und Stolz verabschiedet, erklärte er, während sie in einer Region leben, die nur durch den Beistand der Amerikaner über das letzte halbe Jahrhundert hinweg befriedet wurde, und weigern sich die Bedrohung ihres komfortablen Lebens durch äußere Kräfte überhaupt wahrzunehmen. Das Bild, das er zeichnete, war unfreundlich, aber schmerzlich überzeugend. Es repräsentierte ein Meinungsbild über Europa, das weit über die ideologische Rechte hinaus in der amerikanischen Politik verbreitet ist und dem die europäischen Regierungen nur schwer entgegentreten können.

Den europäischen Regierungen gelang es nicht, Washington in dem Jahr nach dem 11. September einen gemeinsamen Ansatz zu präsentieren. Der britische Premierminister Tony Blair traf die amerikanische Stimmung und erhielt die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit in den Wochen nach den Anschlägen auf grandiose Weise und bekam dafür die Dankbarkeit des Präsidenten und den Applaus des Kongresses. Kein anderer europäischer Staatsmann versuchte so aktiv und persönlich zu reagieren. Frankreichs Führung war verstrickt in die Kohabitation zwischen Präsident und Ministerpräsident, die verschiedenen Parteien angehörten und sich obendrein auch noch darauf vorbereiteten, bei den Präsidentschaftswahlen gegeneinander anzutreten. Die deutsche Politik stellte sich ebenfalls auf die Wahlen im Herbst 2002 ein und kein Politiker in der Regierung sah einen großen Vorteil darin, sich an die Seite der US-Regierung zu stellen oder einen europäischen Gegenvorschlag zu organisieren. Der Primat der Innenpolitik wurde durch die Wahlkampfstrategie von Bundeskanzler Schröder deutlich, der mit seiner Kritik an der amerikanischen Politik gegenüber dem Irak Wählerstimmen mobilisieren konnte. Für den größten Teil der zwölf Monate nach dem 11. September hatte Italien keinen Außenminister, da Berlusconi den persönlichen Eingriff in die internationale Diplomatie mit dringenderen innenpolitischen Geschäften in Einklang bringen musste.

Die „eine Stimme“ der gemeinsamen europäischen Außenpolitik schwieg deswegen. Die Kritik an der amerikanischen Reaktion aus den nationalen Parlamenten und den Medien wurde deswegen von der politischen Führung weder zurückgedrängt noch gebündelt. Premierminister Blair schien als einziger in seiner Unterstützung für die amerikanische Kriegspartei so eindeutig zu sein, dass seine Haltung selbst vielen in seinem eigenen Parlament und seiner eigenen Partei zu weit zugehen schien. Wie andere hatte aber auch er es nicht für nötig befunden, einen gemeinsamen europäischen Ansatz herbeizuführen. Doch lassen Differenzen zwischen der französischen und der deutschen Regierung über den Umgang mit radikalen islamischen Kräften und dem Nahen Osten sowie das Fehlen von politischen Initiativen anderer europäischer Regierungen es naheliegend erscheinen, dass auch ein europäischerer Ansatz der britischen Regierung im Sande verlaufen wäre. Das Muster der Politik des Westens gegenüber dem Nahen Osten blieb damit dasselbe wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Die Amerikaner führen und die europäische Politik und Öffentlichkeit folgen ihnen schimpfend.

Krieg gegen den Terrorismus oder gegen den Irak?

Die Anschläge trafen Amerika und nicht Westeuropa. Die amerikanische Politik und die amerikanische Öffentlichkeit fühlten sich angegriffen und deswegen im Krieg – nicht ganz im Klaren darüber wer oder wo der Feind sei, aber entschlossen diesem neuen Feind eine Niederlage beizubringen. Die westeuropäische Politik und Öffentlichkeit ging nach einer Welle der Sympathie wieder profaneren Geschäften nach. Ihre Geheimdienste schenkten islamischen Fundamentalisten mehr Aufmerksamkeit, ihre Polizei widmete sich den inländischen Gruppen, die verdächtigt wurden, Verbindungen zu Al-Qaida zu unterhalten und die Regierungen nutzten die Gelegenheit, Gesetze zu verschärfen und die Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten von Ausländern zu erschweren. Davon abgesehen ging das politische Leben jedoch seinen gewohnten Gang. Im Lauf des Jahres beobachteten die Europäer die weiteren Reaktionen der Vereinigten Staaten auf den islamischen Terrorismus mit abnehmender Sympathie und zunehmender Sorge.

Seit die Vereinigten Staaten als Weltmacht auf den Plan getreten waren, gab es in Europa einen unterschweligen Anti-Amerikanismus. Er nahm in Friedens- und Wohlstandszeiten ab, um in spannungsreichen und wirtschaftlich schwierigen Zeiten wieder stärker aufzutreten.

Die amerikanische Verwicklung in den Vietnamkrieg löste eine Wiederbelebung in den späten sechziger Jahren aus. Der Anti-Amerikanismus tauchte in den frühen Jahren der Reagan-Regierung als Antwort auf die laute anti-sowjetische Rhetorik des neuen Präsidenten und seine Aufrüstungspläne wieder auf. Die Rhetorik der Bush-Regierung scheint mit ihrem Begriff der „Achse des Bösen“ ein Widerhall der Reagan-Jahre zu sein und das „Reich des Bösen“ als zentrales amerikanisches Feindbild ersetzen zu wollen. Die Reaktionen der europäischen Regierungen waren nun ähnlich kritisch. Sie karikierten die einfache Trennung zwischen guten Demokratien und bösen Schurkenstaaten als Außenpolitik in Cowboy-Manier und griffen

dabei die gegenwärtig dominierende Richtung in der Außenpolitik Washingtons als Politik einer ideologischen Minderheit an, die sich nicht, wenn man Umfragestatistiken zu Rate zieht, auf die breite Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit berufen kann. Das Erstarken anti-europäischer Ressentiments bei der amerikanischen Rechten vervollständigte diesen Kontinentaldrift in der öffentlichen Meinung und untergrub das Gefühl gegenseitigen guten Willens nach dem 11. September.

Im Lauf des Frühlings und des Sommers 2002 verwandelte sich dann der amerikanische Krieg gegen den Terrorismus in die Forderung nach einem Krieg gegen den Irak. Es gab eine breite Front von Gründen, die zu dieser Entwicklung führte: die Beschäftigung der amerikanischen Sicherheitspolitiker mit Massenvernichtungswaffen, die im Irak eine wahrscheinlichere Gefahr als in Nordkorea oder im Iran darstellen; die Entschlossenheit einiger auf dem rechten Flügel der amerikanischen Politik, den Job mit der Beseitigung von Saddam Husseins Regime zu Ende zu bringen, den der erste Präsident Bush 1991 nicht zu Ende geführt hatte; der Einfluss der pro-israelischen Lobby, die den Irak als zentralen Unterstützer des palästinensischen Terrorismus ansah und versuchte eine Verbindung zwischen dem Irak und Al-Qaida nachzuweisen; der Wunsch einer Gemeinschaft, die einen Angriff erlebt hatte und nun Krieg gegen einen Feind führen wollte, der sich nicht in Luft auflösen konnte.

Die Begründung eines solchen Angriffs erschloss sich den europäischen Zuhörern jedoch nicht von selbst. Es erschien den Europäern vielmehr so, dass in einer übermäßigen Wiederbelebung militärischer Stärke die Antwort auf genuin politische Herausforderungen gesucht wurde. Die europäischen Regierungen fürchteten, dass ein erzwungener Regimewechsel im Irak die gesamte Region destabilisieren und eine weitere Welle islamischen Anti-Amerikanismus erzeugen könnte. Sie bevorzugten den multilateralen Pfad der Diplomatie gegenüber der Demonstration von Macht. Aber die europäischen Regierungen sahen widerstrebend ein, dass sie nun auf der Seite Amerikas einen Konflikt mit schwerwiegenden ökonomischen und politischen Folgen für Westeuropa eindämmen mussten. Um die transatlantische Partnerschaft nicht zu gefährden, mussten sie nun eine überzeugende Begründung von den Amerikanern bekommen und dafür einen multilateralen Rahmen finden, damit die europäische Öffentlichkeit sie nicht zwingt abseits zu stehen. Die Anschläge auf New York und Washington erschienen für eine kurze Zeit als Angriff auf den Westen als Ganzes. Doch die amerikanischen Reaktionen führten ein Jahr später zu einer wachsenden Anzahl von kritischen europäischen Stimmen, die begannen die Anschläge als Angriffe auf Amerika umzuinterpretieren.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München.